



COVID-19 – Newsletter 82

12.05.2021

Noch immer stehen aufgrund der aktuellen Situation drei Handlungsfelder im Bemühen der Städte und Gemeinden:

- *Aufrechterhaltung der notwendigen Infrastruktur*
- *Sicherstellung der internen Serviceleistungen*
- *Situationsadäquates Angebot an KundInnen-Service für die Bevölkerung*

Die weltweite Corona-Virus-Pandemie ist die größte Herausforderung seit vielen Jahrzehnten und bedarf zur ihrer Bewältigung die Bündelung aller Kräfte und einen entsprechenden Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Der kommunalen Ebene kam und kommt eine zentrale Rolle im Kampf gegen die Ausbreitung der COVID-19 Pandemie zu. Lokale Verantwortlichkeit, Kenntnis der Bedingungen vor Ort und Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern waren und sind zentrale Erfolgsfaktoren der Pandemiebekämpfung.

Nun gilt es, auf den gewonnenen Erfahrungen aufzubauen und alles daran zu setzen, die kommunalen Leistungen im Sinne der Allgemeinheit bestmöglich auch in Krisenzeiten aufrecht zu erhalten. Fest steht: Städte und Gemeinden werden weiterhin einen entscheidenden Beitrag leisten – bürgernah, engagiert und verantwortungsvoll.

Abschließend möchten wir besonders Euch, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, für Euren Einsatz zum Wohle der Bevölkerung in ganz Österreich in dieser schwierigen Zeit herzlichst danken.

Jede Stadt und jede Gemeinde ist ein Teil der Lösung – gemeinsam schaffen wir es auch weiterhin.

Für tagesaktuelle Informationen möchten wir auf die online-Austauschplattform des Österreichischen Städtebundes verweisen (https://intrakommuna.at/net_home/Pages/Startseite).

Alle bisherigen Ausgaben des „COVID-19 Newsletters“ können unter folgendem Link nachgelesen werden:

https://www.staedtebund.gv.at/services/aktuelles/?no_cache=1

Redaktion: Dr. Johannes Schmid & Kevin Muik, LL.M.



Inhaltsverzeichnis

Aktuelle Ereignisse und Problemlagen.....	3
1. Aktuell im RIS	3
2. Bundesregierung präsentiert neue Öffnungsverordnung.....	4
3. Gesundheitsministerium kippt E-Card-Nutzung für grünen Pass nach Kritik von Datenschützern.....	6
4. Bundesregierung stellt die Maßnahmen des Aufbau- und Resilienzplans vor	7
5. Stickerpass soll SchülerInnen Zugang zur Gastro ermöglichen	7
6. Pandemie sorgte für Zusatzbelastung für pflegende Angehörige	8
7. Von Laer mit Studie zu Mischimpfungen	9
8. ÖGK verlängert telefonische Krankmeldung bis Ende Juni	9
Aus den Bundesländern	10
1. FinanzreferentInnen wollen Refundierung aller Coronakosten.....	10
2. Oberösterreich will "Selbsttests unter Aufsicht" ausweiten	10
3. Land Burgenland schnürt Wirtschaftspaket mit 600 Mio. Euro	10
4. Ausreisetestpflicht für Vorarlberger Regionen wird aufgehoben	11
5. Salzburg erhöht vor Öffnung Testkapazitäten	11
6. Land NÖ hat Ausschreibung für Impfbiosentren eingestellt.....	12
7. Keine Testpflicht mehr für Ausreise aus Tirol	12
8. Tirol beendet Zusammenarbeit mit HG Pharma	12
Aus den Städten und Gemeinden	13
1. Land Salzburg verhängt Ausfahrtstests für Gemeinde Oberalm	13
2. Museen der Stadt Linz trotz Umsatzausfall mit ausgeglichener Bilanz	13
3. Wiener Bäder öffnen am 19. Mai: Strenge Corona-Regeln.....	13
Europa und International	15
1. Österreich kauft 40 Mio. Impfdosen für 2022/2023	15
2. Deutscher Städte- und Gemeindebund fordert einheitlichen Öffnungsplan.....	15
3. USA für Aussetzen von Impfstoff-Patenten	15
4. Kinder in München dürfen kostenlos ins Freibad	15
5. Kreative Anreize für Corona-Impfung in US-Städten und -Bundesstaaten	16
6. Schweiz: Pandemie-Erfahrungen aus der Agglomeration.....	16



Aktuelle Ereignisse und Problemlagen

1. Aktuell im RIS

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **30. April 2021** und **1. Mai 2021** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 192/2021](#)

Normalkostentarif

[BGBl. II Nr. 193/2021](#)

Änderung der Lehrberufsliste

[BGBl. II Nr. 194/2021](#)

Änderung der Forsttechnik-Ausbildungsordnung

[BGBl. II Nr. 195/2021](#)

Änderung der Mechatronik-Ausbildungsordnung

[BGBl. II Nr. 196/2021](#)

Änderung der
Restaurantfachmann/Restaurantfachfrau-
Ausbildungsordnung

[BGBl. II Nr. 197/2021](#)

Änderung der Zimmereitechnik-Ausbildungsordnung

[BGBl. II Nr. 198/2021](#)

Binnenschiffahrt-Ausbildungsordnung

[BGBl. II Nr. 199/2021](#)

Entsorgungs- und Recyclingfachkraft-
Ausbildungsordnung

[BGBl. II Nr. 200/2021](#)

Medizinproduktekaufmann/Medizinproduktekauffrau-
Ausbildungsordnung

[BGBl. II Nr. 201/2021](#)

Systemgastronomiefachkraft-Ausbildungsordnung

[BGBl. II Nr. 202/2021](#)

Verpackungstechnik-Ausbildungsordnung

[BGBl. II Nr. 203/2021](#)

Lehrabschlussprüfung in den kaufmännisch-
administrativen Lehrberufen

[BGBl. II Nr. 204/2021](#)

Einbeziehung in die Zusatzversicherung in der
Unfallversicherung

[BGBl. II Nr. 205/2021](#)

Änderung der COVID-19-Einreiseverordnung

Folgendes Bundesgesetzblatt wurde am **4. Mai 2021** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 206/2021](#)

11. Novelle zur 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **5. Mai 2021** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 207/2021](#)

AMS-Datenübermittlungsverordnung – AMS-DÜV

[BGBl. II Nr. 208/2021](#)

Legitimationskartenverordnung – LKVO

Folgendes Bundesgesetzblatt wurde am **6. Mai 2021** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 209/2021](#)

Festsetzung von Hundertsätzen für die Bemessung von Kaufkraftausgleichszulagen für im Ausland verwendete Beamte und Vertragsbedienstete des Bundes



Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **7. Mai 2021** herausgegeben:

BGBl. II Nr. 210/2021

Änderung der Zeugnisformularverordnung

BGBl. II Nr. 211/2021

Änderung der Verordnung über die Vorbereitung und Durchführung abschließender Prüfungen für das Schuljahr 2020/21

BGBl. II Nr. 212/2021

Vorliegen der Voraussetzungen für die vorübergehende Ausnahme vom Präsenzunterricht für die theoretische Fahrschulbildung

BGBl. III Nr. 67/2021

Satzung der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien (IRENA) samt Erklärung der Konferenz

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **10. Mai 2021** herausgegeben:

BGBl. II Nr. 213/2021

Änderung der Spielzeugverordnung 2011

BGBl. II Nr. 214/2021

COVID-19-Öffnungsverordnung – COVID-19-ÖV und 1. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **11. Mai 2021** herausgegeben:

BGBl. II Nr. 215/2021

Leistungsbeurteilungsverordnung für abschließende Prüfungen – LBVO-abschlPrüf und Änderung der Leistungsbeurteilungsverordnung

BGBl. II Nr. 216/2021

Festlegung der Mittel für die COVID-19 Förderung für betriebliche Testungen (BTG-MittelV)

2. Bundesregierung präsentiert neue Öffnungsverordnung

Grundregel der Öffnungen ist es, dass diese unter besonderen Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden. Dreh- und Angelpunkt dieses Sicherheitskonzepts ist die Definition von Personen, von denen ein geringes epidemiologisches Risiko ausgeht. Hier wird von den drei G gesprochen: „geimpft, getestet, genesen“.

Für Personen, die mit einem von der EMA zugelassenen Impfstoff geimpft wurden, gelten die folgenden Regelungen:

- Die Erstimpfung gilt ab dem 22. Tag nach dem 1. Stich für maximal 3 Monate ab dem Zeitpunkt der Impfung.
- Der 2. Stich verlängert den Gültigkeitszeitraum um weitere 6 Monate.
- Impfstoffe, bei denen nur eine Impfung vorgesehen ist (z.B. von Johnson & Johnson), gelten ab dem 22. Tag nach der Impfung für insgesamt 9 Monate ab dem Tag der Impfung.
- Für bereits genesene Personen, die bisher einmal geimpft wurden, gilt die Impfung neun Monate lang ab dem Zeitpunkt der Impfung.

Für genesene Personen gilt weiterhin:

Diese sind nach Ablauf der Infektion für sechs Monate von der Testpflicht befreit. Als Nachweise gelten etwa ein Absonderungsbescheid oder eine ärztliche Bestätigung über eine molekularbiologisch bestätigte Infektion. Ein Nachweis über neutralisierende Antikörper zählt für drei Monate ab dem Testzeitpunkt.

Ein umfassendes Angebot an Testoptionen schafft künftig zahlreiche niederschwellige Möglichkeiten für Testnachweise.



Für die Tests werden je nach Zuverlässigkeit unterschiedliche Geltungsdauern festgelegt:

- PCR-Tests gelten 72 Stunden ab Probenahme.
- Antigentests von einer befugten Stelle gelten 48 Stunden ab Probenahme.
- Selbsttests, die in einem behördlichen Datenverarbeitungssystem der Länder erfasst werden, gelten 24 Stunden lang.
- Point-of-Sale-Tests für das einmalige Betreten von Sportstätten, Betriebsstätten, Restaurants, Hotels oder einer Veranstaltung ergänzen das Angebot.

Im Rahmen der Öffnungsverordnung wird es keine Ausgangsbeschränkungen mehr geben. Das Haus darf also wieder rund um die Uhr ohne Vorliegen eines Grundes verlassen werden. Dennoch gilt weiterhin erhöhte Vorsicht. Daher wird es eine Reihe an bewährten Sicherheitsmaßnahmen geben:

- Der Mindestabstand von 2 Metern bleibt nahezu überall erhalten (Ausnahme: am Tisch im Gasthaus, Veranstaltungen mit zugewiesenen Sitzplätzen).
- In allen neu geöffneten Bereiche müssen COVID-19-Präventionskonzepte erstellt und COVID-19-Beauftragte ernannt werden.
- Ab 22 Uhr gilt eine allgemeine Sperrstunde für alle Betriebe, Veranstaltungen und Sportstätten.
- Von 22 Uhr bis 5 Uhr sind nur Zusammenkünfte von 4 Personen zuzüglich von maximal 6 minderjährigen Kindern zulässig.
- Tagsüber sind Zusammenkünfte von 4 Personen indoor zuzüglich 6 minderjähriger Kinder zulässig, outdoor von 10 Personen zuzüglich 10 minderjähriger Kinder.
- Die bisherigen Regeln für FFP2-Masken und Mund-Nasen-Schutz bleiben unverändert.
- Registrierungspflicht für Gäste bei Gastronomie, Hotellerie, Veranstaltungen und Freizeitbetrieben indoor sowie outdoor (Ausnahme bei geringer Interaktion: z.B. Zoo, Freibäder etc.)

Details zu den Öffnungsschritten in den einzelnen Bereichen:

Gastronomie:

- 3-G-Regel: Zutritt nur für getestete, genesene oder geimpfte Personen
- Indoor pro Tisch maximal 4 Personen mit höchstens 6 Kindern (Ausnahme: gemeinsamer Haushalt)
- Outdoor maximal 10 Personen plus 10 Kinder
- Abholung zu den regulären Öffnungszeiten (05-22 Uhr) möglich
- Für Imbissstände und zur Abholung ist kein Test erforderlich.

Hotellerie und Beherbergung:

- 3-G-Regel beim Betreten und Einchecken
- Für die Inanspruchnahme von Gastronomie, Wellness und Fitnessseinrichtungen ist ein aktueller 3-G-Nachweis erforderlich, Tests müssen dafür somit erneuert werden.

Handel und Dienstleistungen:

- Geschäfte: Kein 3-G-Nachweis erforderlich, pro KundIn muss eine Fläche von 20m² zur Verfügung stehen.
- Für körpernahe Dienstleistungen ist ein 3-G-Nachweis erforderlich, dafür sind pro KundIn nur 10m² nötig.
- Sonstige Dienstleistungen (z.B. Beratung in der Bank) dürfen nur von so vielen Personen in Anspruch genommen werden, wie unbedingt nötig.



Kultur und Veranstaltungen:

- Für Museen gelten dieselben Regelungen wie im Handel: kein 3 G-Nachweis, 20-m²-Regel
- Veranstaltungen werden neu unter dem Begriff „Zusammenkünfte“ geregelt:
 - Unter 10 Personen sind Zusammenkünfte ohne Anzeige oder Bewilligung zulässig.
 - Ab 11 Personen gilt die 3-G-Regel, zudem ist eine Anzeige an die lokale Gesundheitsbehörde erforderlich. Zusätzlich ist sowohl indoor als auch outdoor eine FFP2-Maske zu tragen. Der Ausschank von Getränken und die Verabreichung von Speisen sind nicht zulässig. Diese Regel bezieht sich auf Hochzeiten, Gartenpartys und ähnliche Veranstaltungen.
 - Ab 51 Personen sind nur Veranstaltungen mit zugewiesenen Sitzplätzen zulässig. Diese müssen von der lokalen Gesundheitsbehörde bewilligt werden. Die Höchstgrenzen sind 1.500 Personen indoor und 3.000 outdoor. 50% der Sitzplatzkapazität dürfen dabei belegt werden.

Freizeitbetriebe:

- 3-G-Regel
- Indoor (z.B. in Bädern und Thermen) muss pro Gast eine Fläche von 20 m² im jeweiligen geschlossenen Raum zur Verfügung stehen.
- Jeder Freizeitbetrieb muss ein Präventionskonzept erstellen und einen/eine COVID-19-Beauftragte/n ernennen.
- Für Fahrgeschäfte (z.B. Karussell) gilt, dass zwischen BesucherInnen ein leerer Sitzplatz sein muss.
- Die Registrierung von KundInnen ist indoor vorgeschrieben.

Alten- und Pflegeheime:

- 3-G-Regel für BesucherInnen
- MitarbeiterInnen müssen 1 x pro Woche getestet werden, so sie nicht geimpft oder genesen sind.
- Die Besuchsregelungen werden gelockert: Es dürfen nun täglich bis zu 3 Personen zu Besuch kommen.

Sport:

- Bei Sportanlagen gilt die 3-G-Regel.
- Alle Sportarten sind zulässig, auch Kontaktsportarten sind wieder möglich.
- Während dem Sport besteht keine Masken- und Abstandspflicht.
- Sport im öffentlichen Raum (z.B. im Fußballkäfig) darf von insgesamt 10 Personen ausgeübt werden, Maskenpflicht und Abstand gelten nicht.

Mehr dazu: <https://www.sozialministerium.at/Informationen-zum-Coronavirus/Coronavirus---Aktuelle-Ma%C3%9Fnahmen.html>
 Zur COVID-19-Öffnungsverordnung – COVID-19-ÖV): <https://www.sozialministerium.at/Informationen-zum-Coronavirus/Coronavirus---Rechtliches.html>

3. Gesundheitsministerium kippt E-Card-Nutzung für grünen Pass nach Kritik von Datenschützern

Das Gesundheitsministerium reagiert auf Kritik an aktuellen Plänen zum grünen Pass. Wie es in einer Stellungnahme gegenüber dem STANDARD heißt, wird die von Datenschützern kritisierte Nutzung der E-Card für Eintrittskontrollen zumindest vorerst nicht kommen. Die Entwicklung dieses "zusätzlichen Services" werde "hintangestellt", heißt es. Dem vorausgegangen war ein gemeinsamer Bericht der Datenschutz-NGO Epicenter Works und der "ZiB 2". In diesem hatte man unter Berufung auf interne Dokument, in denen die aktuellen Pläne skizziert werden, scharfe Kritik an der österreichischen Lösung geübt. Dass darin – auch – die E-Card für Zutrittskontrollen genutzt werden kann, werfe eine Reihe von massiven Datenschutzproblemen auf.



So könnte jemand bei der Überprüfung einfach ein Foto der Karte machen und dann regelmäßig den Gesundheitsstatus der betreffenden Person abfragen. Dies eröffne allerlei Möglichkeiten für Stalker und Erpresser. Zudem könnte ein Angreifer mithilfe der für die Zutrittskontrollen verwendeten Web App sämtliche der für diesen Abgleich genutzten Codes ausprobieren, um nach und nach an Name, Geburtsdatum und Covid-Status sämtlicher Versicherten zu kommen. Ein weiterer Kritikpunkt: Die mit diesem System einhergehende, zentrale Abfrage auf einem Webserver würde theoretisch auch eine Überwachung der Aktivitäten der Betroffenen ermöglichen. Immerhin wäre damit einsehbar, wer wann zum Friseur oder auch in ein Restaurant geht – und in welches.

Unter Datenschützern zeigt man sich erfreut über diese Entwicklung. "Wir begrüßen, dass sich das Sozialministerium eines Besseren zu besinnen scheint", heißt es von Epicenter Works in einem aktuellen Statement. Ganz zurückziehen will man die eigene Kritik damit allerdings nicht. Immerhin werde mit dem Schritt nur ein Teil der bemängelten Punkte ausgeräumt.

Mehr dazu: <https://www.derstandard.at/story/2000126465981/gesundheitsministerium-kippt-e-card-nutzung-fuer-gruenen-pass-nach-kritik>

4. Bundesregierung stellt die Maßnahmen des Aufbau- und Resilienzplans vor

Als Antwort auf den massiven Wirtschaftseinbruch, den die Corona-Pandemie ausgelöst hat, hat die Europäische Union das Aufbauminstrument "Next Generation EU" in der Höhe von 750 Mrd. € geschaffen. Damit sollen die Auswirkungen der Pandemie auf Wirtschaft und Gesellschaft in den kommenden Jahren abgefedert werden. Das darin enthaltene Finanzierungsinstrument, die Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF), hat ein Volumen von 672,5 Mrd. €, davon 312,5 Mrd. € an Zuschüssen. EU-Mitgliedstaaten, die Mittel aus der Fazilität erhalten wollen, müssen der EU nationale Aufbau- und Resilienzpläne (ARP) mit einer ambitionierten Investitions- und Reformagenda vorlegen. Die Bundesministerin für EU und Verfassung Karoline Edtstadler, der Bundesminister für Finanzen Gernot Blümel und die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie Leonore Gewessler haben nun dem Nationalrat eine umfassende Darstellung des Österreichischen Aufbau- und Resilienzplans 2020-2026 vorgelegt.

Die geplanten Maßnahmen des ARP orientieren sich an den länderspezifischen Empfehlungen an Österreich und den Zielen der Aufbau- und Resilienzfazilität und setzen gleichzeitig Teilbereiche des Regierungsprogramms um, halten die MinisterInnen dazu fest. Den EU-Vorgaben entsprechend wurden alle Maßnahmen nach dem 31. Jänner 2020 in Kraft gesetzt, ihre Umsetzung soll bis spätestens 31. August 2026 erfolgen. Festgehalten wird auch, dass die Maßnahmen im Einklang mit dem nationalen Reformprogramm, dem nationalen Energie- und Klimaplan, den Plänen für einen gerechten Übergang, den Plänen zur Umsetzung der Jugendgarantie und den im Rahmen der Unionsfonds angenommenen Partnerschaftsvereinbarungen und operationellen Programmen stehen.

Mehr dazu: https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2021/PK0547/index.shtml

Zum Nationalen Aufbau- und Resilienzplan: <https://www.oesterreich.gv.at/nachrichten/allgemein/EU-Aufbauplan.html>

5. Stickerpass soll SchülerInnen Zugang zur Gastro ermöglichen

Am kommenden Montag beginnt an Österreichs Schulen nach dem Schicht- bzw. Fernunterricht der vergangenen Monate wieder der Vollbetrieb. Die Schulen werden dann auch zur "befugten Stelle", die Corona-Testnachweise ausstellen kann. Wer am Unterricht teilnehmen will, muss alle zwei Tage einen Antigenschnelltest durchführen. Künftig sollen diese Tests per Pickerl in einem Pass dokumentiert werden, der 48 Stunden zum Zutritt in Sportvereine, Schwimmbad oder Gasthaus berechtigt.

"Wir machen es einfach, fast spielerisch", warb Bildungsminister Heinz Faßmann am Mittwoch bei einer Pressekonferenz in Wien für das an Rabattsammelpässe oder Sammelstickeralben angelehnte Konzept. Zwar wäre eine digitale Lösung aller befugten Stellen das Ideal, das sei allerdings in der kurzen Zeit nicht umsetzbar gewesen. Die Ausstellung eines Zertifikats wiederum sei bei bis zu 2,4 Mio. zu dokumentierenden Tests pro Woche nicht administrierbar, nur die LehrerInnen sollen ein solches bekommen. "Wir wollten hier keine Zettelwirtschaft erzeugen", so Faßmann.



Bei den SchülerInnen kommt ein mit einem Ninja verzierter Papierbogen zum Einsatz, in dem pro Woche drei Sticker Platz haben und der zusammengefaltet in der Geldbörse Platz haben soll. Nach erfolgtem Test wird das Pickerl entweder von den SchülerInnen selbst oder dem Lehrpersonal aufgeklebt.

Dabei kommen weiterhin vor allem anteriorasale Antigenschnelltests ("Nasenbohrer"-Tests) zum Einsatz. Allerdings soll hier das System weiter auf etwas komplizierter handhabbare, aber verlässlichere Produkte umgestellt werden. Ab Juni sollen nach den Schulformen für die Über-14-Jährigen auch die 3. und 4. Klassen Volksschulen auf jene Tests, bei denen ein Pipettieren notwendig ist, umgestellt werden.

Gleichzeitig wird in Wien bei einem Pilotprojekt der Einsatz von PCR-Tests weiter erprobt. Erste Versuche an zehn Gymnasien seien vielversprechend verlaufen, berichteten der Wiener Bildungsstadtrat Christoph Wiederkehr und Gesundheitsstadtrat Peter Hacker bei dem gemeinsamen Pressetermin. Nun soll die Logistik auch an anderen Schulformen wie Volksschulen getestet werden. Funktioniert das, ist ab Herbst ein flächendeckender Einsatz geplant.

Insgesamt geht Faßmann optimistisch in die letzten Schulwochen im Vollbetrieb: Neben den Tests trage auch die steigende Zahl geimpfter Pädagogen zur Sicherheit bei. Faßmann geht unter Berücksichtigung aller Impfschienen (Risikopatienten, Angehörigen von Schwangeren, Mitarbeiter von Blaulichtorganisationen) von einer Quote zwischen zwei Drittel und drei Viertel aus, Tendenz weiter steigend. Dazu kämen die generell fallenden Infektionszahlen. An den Schulen selbst sei das Infektionsgeschehen gering. Bei den regelmäßigen Antigentests sinke die Positivrate bei den LehrerInnen stetig, bei den SchülerInnen liege sie konstant um die 0,08 Prozent. Beim letzten Durchgang der PCR-Schulgurgenstudie habe es unter 7.800 Getesteten lediglich eine Dunkelziffer von 18 Positiven gegeben. In Wien werden laut Wiederkehr in Kindergärten und Schulen konstant rund 250 Infektionen pro Woche registriert.

"Wir gehen gut gerüstet in die letzten Wochen der Schule", verwies Faßmann auch auf pädagogische Maßnahmen wie den Ergänzungsunterricht, die Sommerschule oder mehr psychologische Betreuung.

6. Pandemie sorgte für Zusatzbelastung für pflegende Angehörige

Die Pandemie war für alle belastend, doch für die Gruppe der pflegenden Angehörigen dürfte es laut einer am Dienstag veröffentlichten Umfrage der Volkshilfe noch um einiges schlimmer gewesen sein: Für sechs von zehn Befragten wurde die Betreuung aufwendiger, zudem sank deren Lebensqualität deutlich, hieß es bei einer Onlinepressekonferenz. Insgesamt wurden 100 armutsbetroffene pflegende Angehörige von an Demenz erkrankten Menschen befragt. Die Ergebnisse könnten nur bedingt als repräsentativ gelten, doch hätten sie laut Volkshilfe-Präsident Ewald Sacher drastische Erkenntnisse erbracht. Gerade zu Beginn der Pandemie sei die professionelle Pflege zurückgefahren worden, um das Personal vor Ansteckung zu schützen, wodurch viel an den Angehörigen hängen geblieben sei und diese wegen des Fehlens fachlicher sowie familiärer und privater Unterstützung nicht mehr entlastet worden seien.

Erich Fenninger, Direktor der Volkshilfe, zitierte aus der Umfrage: Für fast zwei Drittel sei die Betreuung aufwendiger geworden, 35 Prozent hätten pro Tag eine, zwei Stunden, 14 Prozent sogar bis zu vier Stunden mehr dafür benötigt. Wurde die Lebensqualität nach Schulnoten zuvor mit eins bis zwei bewertet, waren es danach drei bis vier. „Fast die Hälfte bewertet die Regierungsarbeit eher negativ“, wobei die Volkshilfe hier neben den 15 Prozent „Nicht genügend“ auch die 29 Prozent „Genügend“ als negativ wertet.

Mehr dazu: <https://orf.at/stories/3212614/>



7. Von Laer mit Studie zu Mischimpfungen

Die Medizinische Universität Innsbruck startet eine Studie zur Auswirkung von Mischimpfungen. Wie Dorothee von Laer erklärte, wisse man aus Erfahrung mit anderen Impfstoffen, dass verschiedene Impfstofftypen den Schutz erhöhen. In Deutschland wird es Frauen bis zum 60. Lebensjahr angeboten, den Impfstoff von Biontech/Pfizer zu verwenden, nachdem zuvor bei der ersten Impfung das Mittel von Astra Zeneca verwendet wurde. In Österreich sieht das Nationale Impfgremium diese Möglichkeit derzeit hingegen nicht vor.

Wie Dorothee von Laer vom Virologischen Institut der Medizinischen Universität Innsbruck sagte, seien bisher keine überraschenden, unerwünschten Wirkungen aufgetreten, aber es sei nicht so erfolgt, wie die Vorgangsweise, bei der zwei Mal hintereinander der gleiche Wirkstoff verimpft werde. Da es bislang keine größeren Studien dazu gebe, habe sich auch das Nationale Impfgremium in Österreich damit bisher nicht dafür ausgesprochen.

Mehr dazu: <https://tirol.orf.at/stories/3103314/>

8. ÖGK verlängert telefonische Krankmeldung bis Ende Juni

Die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) verlängert noch einmal die Möglichkeit der telefonischen Krankmeldung. Diese war im März des Vorjahres pandemiebedingt eingeführt worden und war zuletzt bis Ende Mai befristet.

Um sowohl Versicherte als auch Vertragsärztinnen und Vertragsärzte vor möglichen Ansteckungen zu schützen, gilt die kontaktlose Arbeitsunfähigkeitsmeldung nun bis Ende Juni, teilte die ÖGK heute in einer Aussendung mit. Man geht davon aus, dass auch aufgrund der fortschreitenden Impfungen die Infektionszahlen bis dahin weiter zurückgehen.



Aus den Bundesländern

1. FinanzreferentInnen wollen Refundierung aller Coronakosten

Die FinanzreferentInnen der Bundesländer peilten in den Gesprächen mit dem Bund im Rahmen der LFRK letzten Freitag eine Refundierung der aus den Maßnahmen gegen Corona entstandenen Kosten an. Laut dem Vorsitzenden der Finanzreferenten, dem steirischen LHStv. Anton Lang, haben seit Beginn der Corona-Pandemie die Bundesländer bis zum 31. März 2021 für die Pandemiebekämpfung über eine Milliarde Euro vorfinanziert. Inkludiert seien Kosten für Impf- und Teststraßen, Schutzausrüstung und andere Maßnahmen.

Lang sagte am Freitag in einer Online-Pressekonferenz, die Beschlüsse seien einstimmig erfolgt, man hoffe auf positive Resonanz, damit den Ländern alle Kosten aus der Pandemie vom Bund ersetzt würden. Drei Themenblöcke habe es bei der Finanzreferentenkonferenz gegeben. Es gehe erstens um eben den Ersatz für bisher angelaufene Kosten aus Pandemie, teils habe diese der Bund bereits ersetzt. "Wir sind aber grundsätzlich der Meinung, dass wir zum Beispiel über gedeckelte Kosten in Verhandlungen treten sollten", sagte Lang. Zweitens handle es sich um die Mittel für den Gesundheitsbereich wie für zusätzliches Personal oder auch Rückgänge durch Mindereinnahmen. Auch diese sollte man zurückbekommen, die Länder seien hier ja immer in Vorlage gegangen. "Insbesondere Personalkosten werden vom Bund immer noch nicht rückerstattet, obwohl die Finanzierung im Epidemiegesetz klar geregelt ist", so Lang.

Der dritte Bereich sei der Finanzausgleich (FAG), sagte Lang. In der Corona-Zeit könne man den FAG nicht neu verhandeln, man sei dafür, diesen für zwei Jahre fortzuschreiben, mit Ausnahme des Gesundheitsbereichs. "Ich bin sehr optimistisch, es wird uns und den Landeshauptleuten gelingen, in Gesprächen mit dem Bund zu Resultaten zu kommen, um die Kosten zu ersetzen. Wir gehen mit der Maximalforderung in die Gespräche, die ja auch schon begonnen haben. Wir werden sehen, wie die weiterlaufen", so der steirische LHStv.

An anhaltenden Kostenfaktoren ortete Lang u.a. Teststraßen. Diese seien in der Steiermark bis 31. Mai vertraglich abgesichert. Wie es sich aber jetzt darstelle, werde man hier verlängern müssen.

2. Oberösterreich will "Selbsttests unter Aufsicht" ausweiten

Die "Selbsttests unter Aufsicht" haben sich in drei Teststraßen und einer Gemeinde in Oberösterreich bewährt. Nun will das Land dieses Angebot ausbauen, kündigte es in einer Presseaussendung am Mittwoch an. Ab Freitag starten die Teststraßen in Mattighofen (Bezirk Braunau) und Walding (Bezirk Urfahr-Umgebung), ab Montag in Neuhofen/Krems (Bezirk Linz-Land) und Braunau. Durch die vier neu teilnehmenden Stationen seien rund 2.000 zusätzliche Tests pro Woche möglich.

Zurzeit stünde an mehr als 100 öffentlichen Teststandorten eine Kapazität von knapp 200.000 Tests in der Woche zur Verfügung. Dazu kämen pro Woche mehr als 50.000 Tests in 130 Apotheken und rund 45.000 Überprüfungen in testenden Betrieben. An den Pilotstandorten habe sich gezeigt, dass bei den Selbsttests unter Aufsicht die Qualität gewährleistet sei und die Kapazität am Standort um 15 bis 20 Prozent gesteigert werden könne.

3. Land Burgenland schnürt Wirtschaftspaket mit 600 Mio. Euro

Das Land Burgenland hat zur Bewältigung der Coronakrise ein Wirtschaftspaket mit insgesamt 600 Mio. Euro geschnürt. Dieses enthält 56 Maßnahmen für Wachstum und Beschäftigung. Insbesondere im Bereich der Gesundheit und der Pflege will man Lehren aus der Coronakrise ziehen und als "starke öffentliche Hand" offensiv auftreten und investieren, sagte Landeshauptmann Hans Peter Doskozil am Montag bei einer Pressekonferenz.



Durch das Umsetzen und Vorziehen bereits budgetierter Maßnahmen sowie Investitionen der Landesgesellschaften und des Landes selbst sollen Arbeitsplätze gesichert und die Wirtschaft gestärkt werden. Rund 100 Mio. der insgesamt 600 Mio. Euro werden seitens des Landes für neue Projekte aufgewendet - gleich hoch wird voraussichtlich auch die Neuverschuldung des Landes in diesem Jahr ausfallen, meinte Doskozil.

Im Bereich der Krankenhäuser enthält das Paket laut dem Landeshauptmann Investitionen in alle Standorte, neben den laufenden bzw. geplanten Neubauten in Oberwart und Gols. Im neuen Spital in Oberwart soll ein Ausbildungscampus entstehen, für "sämtliche Berufsbilder von der Pflegeassistenz bis zur Ärzteausbildung", betonte Doskozil.

Außerdem ist ein "Burgenland Bonus" zur Pflegeassistenz-Ausbildung geplant. Burgenländer, die eine derartige Ausbildung beginnen, sollen zusätzlich zum Arbeitslosenbezug auch einen monatlichen Bonus von 400 Euro bekommen. Zudem werde man die Personalstruktur in den Spitälern überdenken, zumal auf den Intensivstationen nicht der Mangel an Betten, sondern vielmehr an Personal problematisch gewesen sei, so Doskozil.

Die Pflege soll neu organisiert werden, um nicht von 24-Stunden-Kräften abhängig zu sein. "Wir wollen als Land selbst wieder in die Pflege einsteigen und Heime betreiben", sagte Doskozil. Die Coronakrise habe gezeigt, dass es gerade bei Gesundheit und Pflege einen "starken Staat" brauche.

Im Tourismus plant das Land, in Gemeinden, wo es gewünscht und notwendig ist, als Eigenkapitalpartner aufzutreten - als Beispiele nannte Doskozil Illmitz und Neusiedl am See. Geplant seien auch Qualifizierungsmaßnahmen und eine Attraktivierung der Arbeitsplätze im touristischen Bereich. Für Einpersonenernehmen und Klein- und Mittelbetriebe soll es eine Förderung für Digitalisierung geben, betonte SPÖ-Klubobmann Robert Hergovich.

4. Ausreisetestpflicht für Vorarlberger Regionen wird aufgehoben

Die Corona-Ausreisetestpflicht für den Bregenzerwald und das Rheindelta - die aktuell einzigen Vorarlberger Regionen mit Ausfahrtskontrollen - endet mit Mittwoch (12. Mai), 0.00 Uhr. Die Sieben-Tage-Inzidenz zeige in beiden Regionen eine deutliche Tendenz nach unten, berichtete Landeshauptmann Markus Wallner am Dienstag in der Pressekonferenz nach der Regierungssitzung.

Im Bregenzerwald, wo die Testpflicht seit 21. April galt, hätten die Maßnahmen besonders starke Wirkung gezeigt, so der Landeshauptmann. Bei einer Sieben-Tage-Inzidenz von 128 sei deshalb nun nach drei Wochen die Öffnung möglich. Im Rheindelta galt die Ausreisetestpflicht seit vergangenem Mittwoch, 4. Mai. Auch in dieser Region zeigt die Sieben-Tage-Inzidenz laut Wallner eine klar sinkende Tendenz, was die Öffnung trotz einer aktuellen Inzidenz von 200 rechtfertige.

5. Salzburg erhöht vor Öffnung Testkapazitäten

Das Land Salzburg bereitet sich derzeit auf die Öffnungsschritte am 19. Mai vor. "Hauptaufgabe ist momentan, ausreichend Tests anbieten zu können", erklärte Landeshauptmann Wilfried Haslauer am Dienstag bei einem Pressegespräch. Das Land stellt darum seine Teststrategie um und will die Kapazitäten auf bis zu 750.000 Tests pro Woche steigern. Dazu werden neu auch die Gemeinden eingebunden und bis zu 380.000 Wohnzimmertests im Monat ausgegeben.

Ab 16. beziehungsweise 17. Mai wird es zusätzlich zu den 15 ständigen Teststationen des Roten Kreuz auch beaufsichtigte Antigentests in den Gemeinden des Landes geben. Auch diese werden für 48 Stunden gültig sein. 75 der 119 Kommunen im Bundesland hätten sich bereits bereit erklärt, zu den Tagesrandzeiten eigene Teststraßen zu betreiben, sagte Günter Mitterer, Präsident des Salzburger Gemeindeverbands.



6. Land NÖ hat Ausschreibung für Impfbizentren eingestellt

Das Land Niederösterreich hat die Ausschreibung für die Organisation und den Betrieb der 20 Impfbizentren zurückgezogen. Als einer der Gründe wurde eine Gesetzesänderung genannt, durch die bei Impfbiztraßen arbeitsrechtliche Erleichterungen für öffentliche Träger gelten. Die Organisation über das Land in Kooperation mit den Einsatzkräften werde weitergeführt, wurde auf Anfrage ein "NÖN"-Bericht vom Dienstag bestätigt. Für die Bevölkerung gebe es "keine Auswirkungen", hieß es.

Die umfangreichen Ausschreibungsunterlagen für die 75 Millionen Euro schwere Vergabe waren am 2. April veröffentlicht worden. Der Zuschlag hätte im Mai erfolgen sollen.

7. Keine Testpflicht mehr für Ausreise aus Tirol

Seit 31. März musste jede Person, die Tirol verlassen wollte, einen negativen Coronavirustest vorweisen. Ausgenommen waren nur Kinder unter zehn Jahren. Zunächst war Osttirol davon ausgenommen, ab 15. April musste auch hier bei der Ausreise ein negativer Test vorgelegt werden. Das Land wollte damit das Ausbreiten von Virusmutationen verhindern. Mit 6. Mai endeten diese Ausreisebeschränkungen.

Die Polizei kontrollierte rund 458.000 Fahrzeuge an den Tiroler Grenzen, 8.553 Personen wurde die Ausreise untersagt, weil sie keinen negativen Test dabei hatten. In den Gemeinden Telfs und Abfaltersbach endeten die Ausreisekontrollen erst mit 9. Mai, in Längenfeld im Ötztal sind diese noch bis inklusive 13. Mai aufrecht.

8. Tirol beendet Zusammenarbeit mit HG Pharma

Mit dem Rücktritt von gleich zwei Regierungsmitgliedern sowie Berichten über fragwürdige Vorgänge rund um PCR-Tests sind am Dienstag in der Tiroler Landespolitik die Wogen hochgegangen. Bei der Präsentation der neuen Landesräte am Mittwoch bestritt Landeshauptmann Günter Platter einen Zusammenhang, kündigte aber gleichzeitig das Ende der Zusammenarbeit mit dem kritisierten Testlaborleiter Ralf Herwig an.

Herwig hatte bereits kurz zuvor seinen Rückzug aus dem operativen Geschäft von HG Pharma bekanntgegeben. Hintergrund sind Berichte über Ungereimtheiten bei der Vergabe und der Testauswertung. So hatte der „Standard“ berichtet, dass das Land Tirol den Auftrag zur Abwicklung von PCR-Tests im Umfang von knapp acht Millionen Euro direkt und ohne Ausschreibung an HG Pharma erteilt hatte. Das Labor soll laut den Berichten aber nicht über die fachlichen und technischen Voraussetzungen für die Testauswertung verfügen, so die Vorwürfe. Unklar war auch, wer die Tests befundet.

Mehr dazu: <https://orf.at/stories/3211877/>



Aus den Städten und Gemeinden

1. Land Salzburg verhängt Ausfahrtstests für Gemeinde Oberalm

Wegen der nach wie vor hohen Zahl an Neuinfektionen stellt das Land Salzburg nun auch die 4.500-EinwohnerInnen-Gemeinde Oberalm im Tennengau unter Ausreisetestpflicht. Die Maßnahme gilt ab 8. Mai, 7.00 Uhr, bis vorläufig 16. Mai, 24.00 Uhr. Zugleich werden die geltenden Ausreisebeschränkungen für die benachbarte Bezirkshauptstadt Hallein um eine Woche bis ebenfalls 16. Mai verlängert. Die Ortsgebiete können damit nur mit einem negativen Test verlassen werden.

Zusätzlich weiter aufrecht bleiben in Hallein, Oberalm, aber auch in den Gemeinden Kuchl und Puch das ausgedehntere Contact-Tracing, die verstärkte Kontrolle von verhängten Quarantänen und die Pflicht zu einem PCR-Test am Ende der 14-tägigen Absonderung von Infizierten.

2. Museen der Stadt Linz trotz Umsatzausfall mit ausgeglichener Bilanz

Trotz des langen Lockdowns durch die Pandemie und eines Ausfalls von rund 230.000 Euro bei den Erlösen haben die Museen der Stadt Linz beim Rechnungsabschluss 2020 ein ausgeglichenes Jahresergebnis für 2020 vorgelegt. Das teilten das Lentos Kunstmuseum und das Nordico Stadtmuseum am Samstag in einer Aussendung mit. Die Umsatzerlöse seien durch die Pandemie 2020 um rund 40 Prozent hinter den ursprünglichen Budgets zurückgeblieben, ein Konsolidierungsprogramm wurde umgesetzt.

"Nach derzeitigem Stand gehen wir davon aus, dass wir auch das heurige Jahr mit den vorgesehenen Mitteln gut bewältigen und die wirtschaftliche Stabilität des Unternehmens weiterhin sicherstellen können", sagte der kaufmännische Geschäftsführer Gernot Barounig in einer Aussendung. Seit der Wiederaufnahme des Publikumsbetriebs gebe es einen Aufwärtstrend. Vom Normalbetrieb sei man aber noch weit entfernt. Man habe angesichts der anhaltenden wirtschaftlichen Herausforderungen in allen Unternehmensbereichen Gegensteuerungsmaßnahmen gesetzt.

3. Wiener Bäder öffnen am 19. Mai: Strenge Corona-Regeln

Am 19. Mai öffnen auch Wiens Bäder ihre Tore. Die Corona-Auflagen sind erwartungsgemäß streng, auch die Bäderampel kehrt zurück. Das hat der zuständige Stadtrat Christoph Wiederkehr der APA am Dienstagnachmittag angekündigt. Insgesamt gehen 17 Sommerbäder, elf Familienbäder, die Hallenbäder Hütteldorf und Brigittenau sowie die Schwimmhallen des Theresienbades und des Hallenbades Donaustadt in Betrieb. Die Corona-Auflagen sind erwartungsgemäß streng, auch die Bäderampel kehrt zurück.

Wiener Bäder: Zutritt nur für Getestete, Genesene und Geimpfte

Mindestabstand, Hygieneregeln sowie eine FFP2-Maskenpflicht in Innenräumen gelten auch im Badebetrieb. Zudem ist der Einlass nur für genesene, geimpfte oder getestete Personen erlaubt. Ausgenommen davon sind lediglich Kinder unter zehn Jahren, sie dürfen aber nur in Begleitung von Erwachsenen in die Anlage. Die Auflagen werden kontrolliert, eine namentliche Registrierung ist aber zumindest nicht erforderlich.

Ansammlung in Wiener Sommerbädern soll vermieden werden

Beim Einlass sowie am gesamten Badegelande ist ein Mindestabstand von zwei Meter zu anderen Badegästen - ausgenommen im gemeinsamen Haushalt lebende - einzuhalten. Das Verweilen an Einstiegen, Beckenrändern und Beckenumgängen ist nicht gestattet, generell sollen Ansammlungen vermieden werden, heißt es im Büro des Stadtrats.



Bäderampel auch diesen Sommer im Einsatz

Die freien Badeplätze werden wieder in der aus dem Vorjahr bekannten Bäderampel dargestellt. Diese kann online - etwa unter "www.wien.gv.at/baeder" - aufgerufen werden. Die Vollbelegung wird vor Ort durch Hinweisschilder sowie die "Blaue Fahne" angezeigt, wobei die Kapazitäten der einzelnen Einrichtungen reduziert werden.

Auch 2021 keine Monats- und Saisonkarten

Monats- und Saisonkarten sind auch 2021 nicht erhältlich, da damit der Zutritt nicht garantiert werden kann. Einzeltickets gelten für ein bestimmtes Bad und können bis zu drei Tage im Voraus erworben werden. Am Badetag selbst sind die Tickets auch online erhältlich. Aufgrund der Regeln und Einschränkungen werden zumindest die Eintrittspreise deutlich reduziert, wird versichert.

Registrierungspflicht in Gastrobetrieben

In den Eingangsbereichen werden Leitsysteme, Markierungen und gegebenenfalls Absperrungen eingerichtet. Für Gastronomie- und Freizeitbetriebe innerhalb der Anlagen gelten die diesbezüglichen rechtlichen Bestimmungen. Da an den Bädereingängen keine Registrierung erfolgt, ist diese - wie in der entsprechenden Verordnung vorgesehen - in den Gastgewerbebetrieben vorzunehmen, heißt es.

Quelle: <https://www.vienna.at/wiener-baeder-oeffnen-am-19-mai-streng-corona-regeln/6987094>



Europa und International

1. Österreich kauft 40 Mio. Impfdosen für 2022/2023

Die Regierung beschließt am heutigen Mittwoch im Ministerrat den Kauf von 42 Millionen zusätzlichen Impfdosen für die Jahre 2022/2023. Dafür nimmt sie 800 Mio. Euro in die Hand mit der Option auf Aufstockung. Der gesamte Kostenrahmen für die bisher gekauften und bestellten 72,5 Mio. Dosen beträgt damit 1,2 Mrd. Euro. Impfdosen, die nicht gebraucht werden, können entweder weiterverkauft oder im Rahmen multilateraler Hilfsprogramme gespendet werden. Die zusätzlichen Kosten werden aus dem Corona-Krisenfonds bedeckt. Von den zusätzlichen 42 Mio. Dosen entfallen 35 Mio. auf Pfizer-Biontech, 3 Mio. auf Moderna und 4 Mio. auf Johnson & Johnson.

2. Deutscher Städte- und Gemeindebund fordert einheitlichen Öffnungsplan

Der Städte- und Gemeindebund hat angesichts der zuletzt rückläufigen Zahl der Corona-Neuinfektionen von der Bundesregierung einen langfristigen Öffnungsplan gefordert. "Nach über einem Jahr Pandemie ist das Motto „Wir fahren auf Sicht“ kaum noch vermittelbar. Langfristige Perspektiven - wenn auch unter Vorbehalt sinkender Infektionszahlen - sollten jetzt auf den Weg gebracht werden", sagte Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg der "Rheinischen Post" (Montag). "Die Inzidenzzahlen sinken, die Impfkampagne nimmt Fahrt auf. Wir können hoffen, dass wir die dritte Welle bald überwunden haben. Mit immer mehr geimpften Personen wird im Sommer mehr Normalität möglich sein." Bei der Erstellung eines solchen Fahrplans stünden Bund und Länder in der Pflicht. Mit Blick auf die Debatte zu möglichen Erleichterungen für Geimpfte kritisierte Landsberg, dass eine langfristige Planung versäumt wurde. Die Politik stehe deshalb nun unter enormem Zeitdruck.

3. USA für Aussetzen von Impfstoff-Patenten

Die USA unterstützen ein Aussetzen des Patentschutzes für Coronavirus-Impfstoffe. Die Pandemie verlange „außergewöhnliche Maßnahmen“, so die US-Handelsbeauftragte Katherine Tai. Die US-Regierung glaube zwar fest an den Schutz geistigen Eigentums. Sie werde sich aber bei der Welthandelsorganisation (WTO) für eine Ausnahmeregelung einsetzen. Bis zu einer möglichen Einigung könnten trotzdem Monate vergehen, harte Verhandlungen stehen bevor.

Mehr dazu: <https://orf.at/stories/3211981/>

4. Kinder in München dürfen kostenlos ins Freibad

Kinder bis zwölf Jahre dürfen auch diesen Sommer wieder kostenlos im Freibad schwimmen, das beschloss der Stadtrat vergangene Woche. Wirtschaftsreferent Clemens Baumgärtner wollte das Angebot, das bereits vergangenes Jahr für Münchens Kinder – allerdings bis 18 Jahre - gegolten hat, streichen. SPD und Grüne stellten einen Änderungsantrag. Man wolle Familien entlasten und Kinder hätten während der Pandemie ohnehin „auf vieles verzichten müssen“. Auch in Berlin sollen Kinder in diesem Sommer kostenlos in den Freibädern schwimmen können.

Mehr dazu: <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-freibad-kinder-kostenlos-1.5285030>



5. Kreative Anreize für Corona-Impfung in US-Städten und -Bundesstaaten

In vielen Teilen der USA ist eine Schutzimpfung gegen COVID-19 mittlerweile kein so knappes und gefragtes Gut mehr. Dies vor allem, seit bekannt wurde, dass es trotz aller Impffortschritte kaum Chancen auf eine erhoffte „Herdenimmunität“ der Bevölkerung gibt. Angesichts der nachlassenden Impfmotivation bieten immer mehr Städte, Bundesstaaten und Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber positive Anreize für Impfwillige. Verschiedene „Zuckerln“ sollen noch mehr Menschen überzeugen, sich impfen zu lassen. Anstelle eindringlicher Appelle geht der Trend zu Werbeslogans wie „Ihre Impfdosis ist für Sie reserviert“. Bei der Gestaltung der Anreize ist man durchaus erfinderisch. In Connecticut bekommen Geimpfte ein Gratis-Getränk ihrer Wahl in teilnehmenden Restaurants. New Jersey wirbt in Zusammenarbeit mit örtlichen Brauereien mit *a beer and a shot* – also einem kostenlosen Bier für alle Impfwilligen über 21. In einem Impfzentrum in Los Angeles gibt es ein Lebensmittelpaket als Draufgabe zu jeder Impfdosis. Noch einen Schritt weiter geht die Großstadt Detroit. Wer dort jemanden ins Impfzentrum chauffiert, erhält von der Stadt einen Geschenkgutschein im Wert von 50 US-Dollar – pro Person. Eine offizielle Obergrenze für diese neue Verdienstquelle gibt es offenbar nicht. Die Behörden weisen lediglich darauf hin, dass Einkünfte ab 600 US-Dollar (umgerechnet knapp 500 EUR) dem Finanzamt zu melden sind.

Mehr dazu: <https://www.nytimes.com/2021/05/03/us/Coronavirus-vaccine-appointment-incentives.html?action=click&module=Spotlight&pgtype=Homepage>

6. Schweiz: Pandemie-Erfahrungen aus der Agglomeration

Die Corona-Pandemie hat in der Agglomerationsgemeinde Ostermündigen gezeigt, wie gut Institutionen und Krisenorganisationen funktionieren und wie solidarisch die Bevölkerung ist, wenn es drauf ankommt. Sie bedroht aber auch Existenzen, und manche psychischen und finanziellen Folgen lassen sich erst erahnen. Deutlich geworden ist auch, dass es beim Austausch mit dem Bund hapert. Das ist zu ändern, schreibt Thomas Iten, Gemeindepräsident von Ostermündigen.

Zum Artikel auf der Website des Schweizerischen Städteverbandes: <https://staedteverband.ch/657/de/laquo-sorgen-solidaritat-schmunzeln-aber-kein-direkter-draht-zum-bund-pandemie-erfahrungen-aus-der-agglomeration-raquo?share=1>

